



# KOMMT NACH VORNE – WIR BLEIBEN IN BEWEGUNG

## **Beschluss der 35. Bundeskonferenz**

Frankfurt, 17. bis 20. Mai 2013

**Beschluss:** D 2

**Betrifft:** **Wir holen uns die Stadt zurück – Paint it Red!**

1 **Wir wollen die Stadt zurück**

2

3 In den letzten Jahren und Jahrzehnten ist der Druck auf die Menschen in dieser Gesellschaft  
4 immer größer geworden. Mehr und mehr Lebensbereiche werden den Prinzipien der  
5 ökonomischen Verwertbarkeit unterworfen. Diese Entwicklung macht auch vor der Stadt nicht  
6 halt.

7 Einstmals öffentliche Räume werden privatisiert, kameraüberwacht und auf ständigen  
8 Konsum hin orientiert. So werden etwa öffentliche Sitzbänke durch private Café-Tische ersetzt,  
9 Innenstädte durch glänzende Fassaden auf Konsum getrimmt oder Obdachlose aus  
10 bestimmten „respektablem“ Vierteln vertrieben. Auch unsere Wohnungen werden dabei immer  
11 teurer. Denn Wohnungen sind im Kapitalismus nicht einfach die Orte, in denen wir leben. Sie  
12 dienen hier in erster Linie als Ware. Sie sind Investitionsobjekte, deren Verkauf und Vermietung  
13 für die Eigentümer\*innen Profite und Renditen abwerfen sollen. Auf der Suche nach  
14 Investitionsmöglichkeiten mit den vielversprechendsten Profitraten bietet sich für das Kapital  
15 in Zeiten kriselnder Warenproduktion der Gang in langfristige Anlagen an – zum Beispiel in  
16 Immobilien. So wird Wohnraum zum Spekulationsobjekt. Dabei wird vor allem in bereits  
17 vorhandenen Wohnraum investiert. (Neu-)Bau und (Neu-)Vermietung unterliegen dem  
18 kapitalistischen Gesetz, immer möglichst viel Profit zu erwirtschaften. Damit sich solche  
19 Investitionen auch lohnen, werden die Mieten folglich erhöht. Durch die teilweise enormen  
20 Preissteigerungen werden Menschen aus ihrem Zuhause vertrieben. Die Aspekte der  
21 Verteilungsgerechtigkeit der Wohnungsversorgung werden durch die ökonomische  
22 Verwertungslogik strikt den Marktmechanismen unterworfen und stehen so den sozialen  
23 Versorgungsprinzipien entgegen. Der Preis für neuvermietete Wohnungen ist im Durchschnitt  
24 bundesweit in den letzten zehn Jahren um über 10 Prozent gestiegen – während die (Real-  
25 )Löhne bestenfalls stagnieren. Die Tatsache, dass zugleich nach wie vor viele Wohnungen leer  
26 stehen, wirkt dabei wie blanker Hohn. Diese kapitalistische Dynamik wurde durch eine  
27 jahrzehntelange (Fehl-)Politik der De-Regulierung und Privatisierung zusätzlich befeuert. So  
28 wurde beispielsweise sozialer Wohnungsbau weitgehend vernachlässigt. Die Folge:  
29 Bezahlbarer Wohnraum? Fehlanzeige!

30

## 31 **Wir wollen unser Leben zurück!**

32

33 Diese Entwicklung trifft alle, insbesondere aber Menschen mit geringem Einkommen,  
34 Arbeitslose und Migrant\*innen. Menschen werden aus der Stadt und damit gleichzeitig noch  
35 stärker an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Die Belegung von Wohnräumen spiegelt damit  
36 die Eigentumsverhältnisse der Gesellschaft wider. Die mit dem Leben an der Peripherie  
37 verbundene Immobilität und Isolation schließt die Betroffenen noch stärker von den  
38 Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe aus. Der Verdrängungsprozess in den Städten sorgt  
39 somit für eine weitere Vertiefung und Verfestigung der sozialen Spaltung der Gesellschaft.

40 Dies betrifft auch Kinder und Jugendliche. Kinder, die umziehen müssen, weil sich ihre Eltern  
41 die Wohnung im angestammten Quartier nicht mehr leisten können. Kinder, die in ihren  
42 Schulen und Kindergärten nur noch auf solche Kinder treffen, die aus ähnlichen sozialen  
43 Verhältnissen kommen wie sie selbst. Die Kids, deren Familien umziehen, werden so um ihre  
44 vertraute und angestammte Lebensumwelt gebracht. Vereinsamung und Probleme im neuen  
45 Viertel und der neuen Schule sind nicht selten die Folge. Zudem werden Kinder, die im  
46 nunmehr sozial einheitlichen Viertel leben, um die wichtige Erfahrung gebracht, soziale Vielfalt  
47 als Bereicherung kennenzulernen. Gerade in Zeiten, in denen die Abwehr von  
48 Besserverdienenden gegenüber materiell Benachteiligten zunimmt, gilt es, diesem  
49 antidemokratischen Trend entgegenzutreten.

50

## 51 **Mein Raum – Dein Raum – Freiraum!**

52

53 Wir, die Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken, sagen „Nein!“ zu Ausgrenzung und  
54 Verwertung. Wir wollen Wohnraum, der den Bedürfnissen der Menschengerecht wird– und  
55 nicht dem Profit dient. Wir wollen Wohnraum, der der Vielfalt der Lebensentwürfe entspricht  
56 und nicht allein dem bürgerlichen Ideal der Kleinfamilie. Wir wollen Wohnungen und Städte,  
57 die wir selbst gestalten. Wir wollen eine Stadt, in der wir Leben und Lachen, Spielen und Toben  
58 können. Kurzum: Wir wollen eine Stadt, in der die Menschen im Mittelpunkt stehen. In der wir  
59 unsere Freiräume selbstbestimmt gestalten – gemeinsam, demokratisch und solidarisch.

60 Wir, die Falken, wissen, dass sich unsere grundsätzlichen Forderungen nach einem freien und  
61 selbstbestimmten Leben unter den Voraussetzungen der kapitalistischen  
62 Produktionsverhältnisse nicht verwirklichen lassen. Wir sind uns auch bewusst, dass sich der  
63 Kapitalismus nicht einfach durch eine andere Wohn- und Stadtraumpolitik überwinden lässt.  
64 Angesichts der teilweise dramatischen Wohnraumsituation und ständigen Verschlechterung  
65 der Lage, bedarf es daher bereits kurzfristiger Maßnahmen zum Erhalt und vor allem dem  
66 Ausbau von bezahlbarem Wohnraum, insbesondere für einkommensschwache Familien. Ohne  
67 von unserem grundsätzlichen Ziel einer sozialistischen Zukunft abzurücken, aber um bereits  
68 innerhalb des kapitalistischen Systems die Lebensverhältnisse der Menschen verbessern zu  
69 können, fordern wir:

- 70 • Die Demokratisierung der Wohnungsverwaltung
- 71 • Mitbestimmungs- und Selbstverwaltungsstrukturen im Wohnungsbereich
- 72 • Das Herauslösen der Wohnungsversorgung aus den Marktlogiken
- 73 • Den Verzicht auf Privatisierung und die damit verbundenen Finanzspekulationen auf  
74 öffentlichen Wohnraum
- 75 • Die Begrenzung explodierender Mietpreise
- 76 • Menschenwürdige Wohnungen und Nachbarschaften, sowie umfassende Zugangs- und  
77 Teilhabemöglichkeiten sollen ein Recht für alle und kein Privileg für Wenige sein
- 78 • Wohnraum muss als öffentliches und für alle gleichermaßen zugängliches Gut  
79 bezahlbar bleiben und fester Bestandteil der Daseinsfürsorge sein
- 80 • Wohnen als Menschenrecht auch im Grundgesetz verankern

81

82 Dafür gehen wir gemeinsam auf die Straße und erobern uns die Stadt zurück. *Paint it Red!*